

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
171 · Ausgabe BE · September 2017



«Ich stehe für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.»

CHRISTOPHE GAGNEBIN WILL REGIERUNGSRAT WERDEN UND FÜR DAS ROT-GRÜNE BÜNDNIS DEN GARANTIERTEN SITZ DES BERNER JURAS ZURÜCKGEWINNEN. LINKS.BE HAT IHN BEFRAGT.



Warum willst du Regierungsrat werden?

Ich will in erster Linie Werte vertreten, die mir am Herzen liegen: Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Ich will mich für eine nachhaltige Politik einsetzen, die wirklich im Dienste der Allgemeinheit steht. Ich möchte dazu beitragen, Brücken zu bauen: Zwischen Generationen, zwischen den Städten und dem sogenannten ländlichen Raum, zwischen Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen – und natürlich auch zwischen dem Berner Jura, der Stadt Biel und dem deutschsprachigen Kantonsteil.

Welche Qualifikationen bringst du für das Amt mit?

Als Berufsschullehrer, ehemaliger Grossrat, langjähriges Mitglied des Bernjurassischen Rates, dessen Präsidium ich im Schicksalsjahr 2013 (Abstimmung zur Kantonzugehörigkeit) innehaben durfte, und als Gemeinderat habe ich vielseitige Erfahrungen gemacht. Ich habe mich auch ehrenamtlich viel engagiert, sei es beim Roten Kreuz oder für kulturelle Einrichtungen. Dabei habe ich sowohl an der Erarbeitung von strategischen Zielen und Leistungsvereinbarungen mitgewirkt wie auch bei der Bewältigung von Konflikten jeglicher Art. In vielen kantonalen Gremien habe ich – auch weil ich über gute Deutschkenntnisse verfüge – den Berner Jura oder die Frankophonen vertreten. So lernte ich den ganzen Kanton Bern immer besser kennen – und schätzen.

Deine Kandidatur zielt auf den garantierten Sitz des Berner Juras und somit auch gegen SVP-Regierungsrat Schnegg.

Grundsätzlich möchte ich in dieser Wahlkampagne für einen offenen und gerechteren Kanton Bern kämpfen und nicht gegen eine Person. Ich will Regierungsrat werden, um eine bessere Politik für die Bernerinnen und Berner zu machen. Insbesondere die Finanz- und Steuerpolitik der jetzigen Mehrheit erfüllt keins der Kriterien, die für mich wichtig sind: Gerechtigkeit, Kohärenz, Nachhaltigkeit. Deshalb freue ich mich sehr, dass die SP entschieden in die Offensive geht, die Regierungsmehrheit für das rot-grüne Lager zurückgewinnen will und damit auch den garantierten Sitz des Berner Juras beansprucht. Damit zeigt sie, wie wichtig ihr die französischsprachige Bevölkerung unseres Kantons ist.

Welche Folgen hat das Abstimmungsergebnis von Moutier, das nun zum Kanton Jura wechseln wird, auf unseren Kanton?

Ich bedaure natürlich den äusserst knappen Entscheid in Moutier und die Unsicherheit, die damit entsteht – gerade auch für die Bevölkerung von Moutier. Die Zukunft von verschiedenen Einrichtungen wie dem Spital und von Schulen ist ungewiss, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleibt Unsicherheit. Aber wir schreiben auch das letzte Kapitel dieser anachronistischen «Jura-Frage» und darüber freue ich mich sehr. Somit wird der Berner Jura seine Energien viel sinnvoll

einsetzen können. Der Kanton Bern ist und bleibt zweisprachig und soll seine Brückenfunktion zwischen den beiden grossen Sprachregionen unseres Landes noch besser wahrnehmen.

Welche Herausforderungen siehst du für den Kanton Bern? Wie willst du diese als Regierungsrat angehen?

Die Revolution 4.0, wie wir sie auf Französisch nennen, also die Digitalisierung, wird riesige Auswirkungen für die Wirtschaft, für die Arbeitswelt sowie für jede Bürgerin und jeden Bürger im Alltag haben: Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen diese unausweichliche Entwicklung als Chance nutzen können. Diese neuen Technologien sollen allen zur Verfügung stehen und nicht nur Profit und kurzfristige Rendite für wenige bringen. Technologietransfer, Bildungsoffensiven, Weiter- und Fortbildung sind also wichtiger denn je.

Interview: Hannes Rettenmund

NOMINIERTEREGIERUNGSRATSKANDIDATIN

Am 26. August hat der Parteitag in Bätterkinden auch die Nationalrätin Evi Allemann als SP-Regierungsratskandidatin nominiert. Ein Beitrag mit Evi folgt in der nächsten Ausgabe.

Abbau von Grundleistungen, um Unternehmenssteuern zu senken: ein No-Go!

OBWOHL KEIN KANTON DIE USR III SO WICHTIG ABGELEHNT HAT WIE BERN, HÄLT DIE REGIERUNG – ANGETRIEBEN VON DER BÜRGERLICHEN GROSSRATSMehrheit – AN IHREN STEUERSENKUNGSPLÄNEN FEST. UM DIESE ZU FINANZIEREN, LEGT SIE EIN ABBAUPAKET VON JÄHRLICH 185 MILLIONEN FRANKEN VOR MIT MASSIVEM LEISTUNGSABBAU IN ELEMENTAREN BEREICHEN. DIE SP WEHRT SICH VEHEMENT DAGEGEN.

Das Abbaupaket wird uns alle hart treffen. Ganz besonders bei der Gesundheitsversorgung: Abbau bei der Spitex (–22 Mio.), im Behindertenbereich (–9,2 Mio.), den Heimen (–5,5 Mio.), der nicht-stationären Psychiatrieversorgung (–5 Mio.), der Suchthilfe (–2 Mio.) und bei vielem mehr. Elementare Leistungen werden rar und teuer, so dass sich nur noch Gutbetuchte bei Krankheit und im Alter die nötige Pflege und Behandlung leisten können. Das führt zu einer Zweiklassengesellschaft.

Die Solidarität, ohne die eine Gesellschaft verrotzt, kommt unter die Räder. Das Gleiche gilt für den Abbau bei der Sozialhilfe (–5 Mio.), wo den Armutsbetroffenen die Unterstützung gekürzt werden soll, unter die national vereinbarte Höhe. Der Abbau trifft auch die Bildung: Es sollen Lektionen gestrichen werden (–7,5 Mio.), etwa beim Halbklassenunterricht. Das und weitere Kürzungen in der Berufsbildung gehen auf Kosten der Qualität. Die SP lehnt die grosse Mehrheit der Massnahmen ab, denn:



Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern, Mitglied Finanzkommission Grosse Rat

Der Abbau ist nicht nötig,

- weil Unternehmenssteuersenkungen (kosten jährlich 103 Mio.) die falsche Priorität sind. Zur Zeit muss darauf verzichtet werden.

- weil Überschüsse geplant werden. In Zeiten von erhöhtem Investitionsbedarf macht der damit bezweckte Schuldenabbau keinen Sinn. Zumal die Pro-Kopf-Schuldenrate des Kantons Bern mittlerweile tiefer ist als im Durchschnitt aller Kantone.

- weil Steuereinnahmen seit Jahren systematisch zu tief veranschlagt werden und wider besseres Wissen ein Defizit vorausgesagt wird.

Der Abbau ist kontraproduktiv,

- weil viele Massnahmen Mehrkosten verursachen. So erhöht zum Beispiel der Abbau bei der Spitex die Zahl teurer Heimeintritte, der Abbau bei Brückenangeboten führt zu mehr Sozialhilfekosten.

- weil Kosten oft nur auf Gemeinden abgewälzt werden. So etwa bei Schülertransporten oder beim 10. Schuljahr.

- weil er den Kanton Bern und die Menschen schwächt statt stärkt. Nötig wären stattdessen Investitionen in Bildung, Forschung, gute Lebensbedingungen wie gute Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit, mehr Wohnangebote, guten ÖV, intakte Umwelt.

Der Abbau ist der falsche Ansatz,

- weil er getrieben ist vom Steuerwettbewerb unter den Kantonen, die sich gegenseitig mit Tiefsteuerstrategien unterbieten und so in die Knie zwingen. Der Staatsaufwand soll sich nach dem der zu erfüllenden Aufgaben und der spezifischen Situation eines jeden Kantons bemessen und nicht einer «Geiz-ist-geil»-Mentalität folgen.

STOPPT DIE ABBAUPOLITIK!

Jetzt gegen den Abbau eintreten und Petition unterzeichnen:
www.spbe.ch/petition



asperm Die Seesstadt Wiens auf flickr.com

Generationenpolitik? AHV stärken!

Die verschiedenen Generationen werden selten politisch so direkt angesprochen und umgarnt wie zur Zeit, wo die Abstimmung über die Altersvorsorge 2020 bevorsteht. Ist diese Sicherung der Renten Alterspolitik? Nein! Es geht um Generationenpolitik! An der HV von SP60+ Kanton Bern vom 1.7.2017 informierte uns Dr. Markus Zürcher, Geschäftsführer der Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, ausführlich zu diesen Fragen.

Kein «Überalterungs»-Problem

Unsere Gesellschaft ist zur Zeit mit zwei Phänomenen konfrontiert: einer tieferen Geburtenrate und einer steigenden Lebenserwartung, die gerne als «Überalterung» verschrien werden. Ebenso gut könnte man von «Unterkinderung» sprechen. Der Entscheid für oder gegen Kinder hängt wesentlich von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ab, und zwar für Frauen wie für Männer. Dass die

Langlebigkeit zunimmt, ist vor allem ein Zeichen für Fortschritt, Wohlfahrt und Glück.

Generationenpolitik machen

Die Herausforderungen durch die demographische Entwicklung gilt es mit Generationenpolitik konstruktiv anzugehen: Bildungsinstitutionen sollen lebenslanges Lernen ermöglichen, damit niemand auf der Strecke bleibt. Neue Wohn-, Unterstützungs- und Pflegeformen sorgen für Unabhängigkeit im Alter. Pflegearbeit und Sorgearbeit (unbezahlte Care-Arbeit) muss aufgewertet werden. Der Ausbau von und bessere Zugang zu Kitas und Tagesschulen vereinfacht das Nebeneinander von Familie und Beruf und setzt Zeit frei. Zeit, die auch für Beziehungspflege und fürs Sorgen um behinderte und alte Menschen genutzt werden kann.

Gegen soziale Ungleichheit: AHV stärken

Die zunehmende Lebenserwartung hat viele erfreuliche Aspekte. Andererseits nimmt im Lebensverlauf die Ungleichheit auf allen wesentlichen Ebenen zu: Einkommen, Vermögen, Arbeitsmarktchancen, Gesundheit, Fähigkeiten, soziale Beziehungen. Unsere Sozialwerke sollen gerade deshalb soziale Ungleichheit vermindern und nicht noch vergrössern. Für 4 von 10 Rentnerhaushalten ist die AHV die wichtigste Einkommensquelle. Einkommen aus anderen Renten und Ver-

mögen sind minimal. Von Pensionskasseneinkommen profitieren primär die obersten 20 %. Wir als SP 60+ ziehen unseren Schluss: Die AHV als Solidarwerk schützen und stärken! Sie bleibt die wichtigste Säule und ist die wirksamste und wirtschaftlichste Versicherung. Deshalb empfehlen wir JA zur Altersvorsorge 2020 am 24. September.

Sabine Högger-Maire, Vorstand SP 60+ Kanton Bern und Bern-Mittelland

HAUPTVERSAMMLUNG DER SP 60+ KANTON BERN VOM 1. JULI 2017 IN UNTERSEEN

An dieser HV nahmen rund 30 Personen teil. Unter der Leitung von Paul Zaugg wurden die Jahresgeschäfte zügig behandelt. Mit Dank wurden Marie-Louise Abegglen und José Duarte verabschiedet. Vorstandsmitglieder: Marlise Mühlheim (neu), Paul Zaugg (Präsident), BE Oberland; Peter Kurth, Paul Bayard, BE Oberaargau; Martin Hagi, Biel-Seeland; Fredy Scholl, Sabine Högger (Vize), BE Mittelland. Die SP 60+ Kanton Bern zählt 369 Mitglieder. Im zweiten Teil hielt Dr. Markus Zürcher sein Referat zum Thema «Was ist Generationenpolitik?» (s. Text).

Über 60-jährige SP-Mitglieder sind herzlich eingeladen, Mitglied der SP60+ zu werden.

Anmeldung: info@sp60plus.ch – diese Mitgliedschaft ist unentgeltlich!

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Montag, 11. September 2017, 16.45 – 18.00 Uhr auf dem Münsterplatz
Bern: **Protestaktion STOPP Abbau gegen das kantonale Abbaupaket**

Samstag, 28. Oktober 2017, 17 Uhr in der Stadtbibliothek Biel:
Gedenkfeier für Arthur Villard (1917 – 1995) «Ein Leben für Frieden und Gerechtigkeit», anlässlich des 100. Geburtstags des Bieler Friedenskämpfers und SP-Politikers.

Montag, 30. Oktober 2017, 18 Uhr im Hotel Bern/Volkshaus:
Diskussionsabend der SP 60+ Bern-Mittelland mit Gret Haller zum Verhältnis Schweiz – Europa: Was ist die aktuelle Situation? In welche Richtung geht es?

MATERIAL BESTELLEN UND AUSLEIHEN

Sektionen können bei der Kantonalpartei diverses SP-Material bestellen, beispielsweise Couverts, Ballone, Gummibärchen und Mitgliederwerbematerial. Zum gesamten Angebot und zur Bestellung: www.spbe.ch/bestellungen

Für Aktionen können Fahnen, Plakatständer, das Zwirbelrad, das VierGewinnt-Spiel und vieles mehr ausgeliehen werden: www.spbe.ch/ausleihe



AGENDA

Kantonale Parteitage

Mittwoch, 1. November 2017, 19 – 21.30 in Bern

Gründungsversammlung SP MigrantInnen Kanton Bern

Dienstag, 19. September 2017, 19 – 21 im Casa d'Italia, Bühlstrasse 57, Bern»

Alle Termine auf: www.spbe.ch/agenda

AUSTERITÄTSPOLITIK ÜBERALL

Von Athen bis Bern wird gespart. Die Abbaupolitik macht auch vor unseren Kantonsgrenzen nicht halt: Die Regierung des Kantons Bern reiht sich schön in die Reihe bürgerlicher Regierungen ein, die Steuern senken und soziale Errungenschaften zu Tode sparen.

Griechenland und der Kanton Bern – ist der Vergleich nicht etwas überzogen? Es geht uns doch relativ gut, die gesellschaftliche Situation in der Schweiz ist stabil. Und doch: Neoliberale Politiker ticken weltweit gleich, auch die Schweiz ist Teil des ökonomischen Systems, das sich seit einigen Jahren in der Krise befindet. Auch im Kanton Bern geht es um Standortwettbewerb. Der Kanton Bern soll im interkantonalen Steuerwettbewerb konkurrenz-

fähiger werden, egal, wie viel dafür gespart werden muss. Hier macht der Kanton Bern einen Trend mit, der auf internationaler Ebene beginnt und auf kommunaler Ebene endet.

Das Sparpaket haben wir nicht zuletzt der geplanten Unternehmenssteuersenkung zu verdanken. Das ist besonders unverschämt, wenn man sich die Resultate der USR-III-Abstimmung anschaut. Der Regierungsrat widersetzt sich somit einem demokratischen Entscheid der Stimmbevölkerung. Die Folge: Umverteilung von unten nach oben. Während die oberen Schichten von ständigen Steuergeschenken profitieren, müssen alle anderen Schwächungen der öffentlichen Dienstleistungen in Kauf nehmen. Die Vermögens- und Einkommensschere öffnet sich mehr und mehr.

Rote Feder

Die Schlussfolgerung daraus für unsere Politik ist klar: Wir dürfen nicht tatenlos zusehen und müssen die Dinge beim Namen nennen: Abbaupolitik ist Zerstörungspolitik – Zerstörung linker Errungenschaften und der Demokratie. Es ist die Aufgabe der SP, sich für eine lebenswerte Gesellschaft einzusetzen und Alternativen zur Sparpolitik zu bieten. Diesen Herbst gilt es Widerstand zu zeigen, denn noch ist nicht alles verloren.

*Daria Vogrin, Biel,
Co-Präsidentin
JUSO Kanton Bern*

